

## **SPD-Fraktion**

Elisabeth Hoechner  
Blumenanger 8  
82418 Murnau



Herrn Bürgermeister  
Dr. Michael Rapp und  
den Marktgemeinderat

Murnau, 20.Nov.2012

### **Antrag an den Gemeinderat: Berücksichtigung sozialer Belange in die Vergaberichtlinien der Marktgemeinde**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderats,

mit dem Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechts wurden Vorschriften der EG-Vergaberichtlinien umgesetzt und dadurch die Möglichkeit geschaffen, die Beachtung sozialer Aspekte als zusätzliche Bedingungen für die Ausführung von Aufträgen zu verlangen.

Hierzu zählen vor allem:

- Einhaltung von allgemeinverbindlichen Mindestlöhnen bei in Deutschland auszuführenden Dienstleistungen
- Einhaltung der IAO-Kernarbeitsnormen
  - die Vereinigungsfreiheit und das Recht zu Kollektivverhandlungen,
  - die Beseitigung aller Formen von Zwangsarbeit, die Abschaffung der Kinderarbeit und
  - die Beseitigung der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf
- Scientology Schutzklausel
- Gleichstellungsfördernde Bedingungen - zur Verwirklichung von Entgeltgleichheit können bei der Auftragsausführung für vergleichbare Tätigkeiten gleiche Entgelttarife für Frauen und Männer verlangt werden

Wir beantragen Vergaberichtlinien für die Marktgemeinde Murnau zu erstellen, die diese sozialen Belange berücksichtigen. Diese Vergaberichtlinien sollten dann Bestandteil aller künftigen Ausschreibungen der Marktgemeinde sein.

In einzelnen Bereichen könnten diese erweiterten Vergabebedingungen zu kleineren Verteuerungen führen. Allerdings steht die Marktgemeinde nicht nur gegenüber dem eigenen Haushalt in Verantwortung, sondern auch gegenüber Arbeitnehmern und Unternehmen.

Mit der Berücksichtigung sozialer Belange in die Vergaberichtlinien können wir indirekt Unternehmen fördern, die ohne diese Richtlinien im Nachteil gegenüber Auftragnehmern sind, die diese Belange nicht einhalten.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Elisabeth Hoechner  
SPD-Fraktionssprecherin

Anlage:

Die Berücksichtigung sozialer Belange im Vergaberecht

Hinweise für die kommunale Praxis

Herausgegeben vom Deutschen Städtetag in Zusammenarbeit mit:

- dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales

- dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung